

DATENSCHUTZ

In dieser Datenschutzerklärung finden Sie Informationen über die Art, den Umfang und die Zwecke der Datenverarbeitung (vgl. Art 13, 14 und 21 der Datenschutz-Grundverordnung [EU] 2016/679 [DSGVO]).

Dies betrifft personenbezogene Daten der Besucher, Nutzer, Interessenten, Kunden und Vertragspartner von **Ing.W.Gräf Filter- und Industrietechnik KG, Schmidtgasse, 3052 Innermanzing** einschließlich den von der Handelsagentur akquirierten und/oder betreuten Kunden.

Wenn im Folgenden von dem „Unternehmen“ die Rede ist, ist der/die Handelsagent(in) gemeint, soweit er/sie datenschutzrechtlich verantwortlich ist, beispielsweise falls er/sie Daten in seinem/ihrer eigenen System verarbeitet.

Unter den „betroffene[n] Person[en]“ sind die genannten Besucher, Nutzer, Interessenten, Kunden und Vertragspartner zu verstehen.

(a) Allgemeines

Das Unternehmen erhebt personenbezogene Daten, wenn betroffene Personen diese im Rahmen eines Besuchs durch den Handelsagenten vor Ort, im Rahmen von Messekontakten, durch Nutzung einer Website, im Rahmen einer Anfrage oder bei einer (sonstigen) Kontaktaufnahme (z.B. per Kontaktformular oder E-Mail) mitteilen. Welche Daten erhoben werden, ist aus der jeweiligen Kontaktaufnahme, Formularen, Abfragen durch das Unternehmen etc. ersichtlich.

(b) Name und Kontaktdaten des Verantwortlichen

Ing. W. Gräf Filter- und Industrietechnik KG, Schidtgasse 2, 3052 Innermanzing, 211658m
Tel.: 02774 29010
Email: graef@graef.at

Ein Datenschutzbeauftragter ist im Unternehmen nicht bestellt.

(c) Verarbeitungszwecke und Rechtsgrundlagen

Die personenbezogenen Daten der betroffenen Personen werden zu folgenden Zwecken verarbeitet:

Kontaktaufnahme mit den (potentiellen) Interessenten/Kunden, Beratung und Vermittlung, Weiterleitung der Daten an die Geschäftsherren (Lieferanten), Zusendung von Angeboten, weiterführenden Informationen, Einladungen zu Messen und Veranstaltungen, Versand von Newslettern etc.; Rechnungswesen und Provisionsüberprüfung sowie automationsunterstützt erstellte und archivierte Textdokumente (wie Korrespondenz) in diesen Angelegenheiten.

Laufende Zusammenarbeit mit den Geschäftsherren zur Akquise und Betreuung der Interessenten/Kunden und zur Vermittlung von Geschäftsabschlüssen. Unterstützung bei der Abwicklung von allfälligen Reklamationen, Einholung von Informationen zu allfälligen Lieferrückständen.

Rechtsgrundlagen für die Verarbeitung sind

- das mit der betroffenen Person abgeschlossene Geschäft (siehe oben), wobei dem gleichsteht wenn der Vertrag mit einer juristischen Person abgeschlossen wird, zu dessen Erfüllung auch die Verarbeitung von personenbezogenen Daten erforderlich ist (z.B. Ansprechpartner),
- die vorvertraglichen Maßnahmen *auf Anfrage der betroffenen Person*,
- sofern keine Gesundheitsdaten und keine sonstigen, sensiblen Daten betroffen sind, das berechtigte Interesse des Unternehmens,
- die Erfüllung einer rechtlichen Pflicht sowie
- eine Einwilligung (so wie unten beschrieben).

In den folgenden Fällen stützen wir uns auf das berechtigte Interesse:

- bei der Anbahnung von Geschäftsabschlüssen *auf Initiative des Unternehmens*,
- hinsichtlich der Dokumentation der Geschäftsfälle,
- für die hinreichende Information von Interessenten und Kunden über die vom Unternehmen angebotenen bzw. vermittelten Produkte und Dienstleistungen, Veranstaltungen, Aktionen etc, d.h. der Werbung. Dies umfasst auch, dass die Daten zu diesem Zweck an Auftragsverarbeiter übermittelt werden, falls dies für die Durchführung dieser oder anderer Marketingmaßnahmen, statistische Auswertungen etc. erforderlich ist,
- für die Einholung von Bonitätsauskünften,
- für die sonstige Verarbeitung durch Auftragsverarbeiter (z.B. IT-Service) und
- für die Verhinderung von Betrugsfällen.

In den folgenden Fällen ist die Rechtsgrundlage die Erfüllung einer gesetzlichen Pflicht:

- Erfüllung gesetzlicher Dokumentations- und Übermittlungspflichten, insb. auf dem Gebiet des Steuer- und Abgabenwesens und
- Erfüllung allfälliger Meldepflichten gegenüber den Interessenten, Kunden und Behörden im Falle einer Verletzung des Datenschutzes.

In den folgenden Fällen ist die Rechtsgrundlage der Verarbeitung die Einwilligungserklärung der betroffenen Person:

- Bei Anmeldung zu einem Newsletter stimmt die betroffene Person zu, dass die hierfür erforderlichen oder gesondert von der betroffenen Person mitgeteilten Daten zur regelmäßigen Zusendung von E-Mail-Newslettern verwendet werden.
- Bei der Veröffentlichung von Postings auf der Facebook-Seite des Unternehmens stimmt die betroffene Person zu, dass die Postings durch das Unternehmen, z.B. auf einer sogenannten „Social Wall“ veröffentlicht werden dürfen.
- Die Aufnahme in eine Teilnehmerliste bei Veranstaltungen und Präsentationen nebst deren Aushändigung an die Teilnehmer und die weitere Verarbeitung der darin angegebenen Daten stützt sich ebenso auf die darin liegende Einwilligung der betreffenden Personen.

Diese Einwilligung kann (auch einzeln) jederzeit durch Nachricht an die oben unter lit (b) beschriebene Kontaktmöglichkeit, bei Online-Anmeldung ebenso online **widerrufen** werden. Durch den Widerruf wird die bis dahin erfolgte Verarbeitung nicht unzulässig (keine Rückwirkung des Widerrufs).

Da die Verarbeitung wie dargelegt auf das berechtigte Interesse des Unternehmens gestützt wird, steht der betroffenen Person diesbezüglich das Recht auf **Widerspruch** nach Art 21 DSGVO zu. Dazu verweisen wir auf die gesonderte Aufklärung am Ende dieser Datenschutzerklärung.

(d) Erforderlichkeit

Für die Anmeldung zu einem Newsletter ist die Bereitstellung der personenbezogenen Daten an das Unternehmen für die Zusendung des Newsletters erforderlich. Die Nichtbereitstellung hätte zur Folge, dass der Newsletter nicht zugesendet werden könnte. Auf das Tätigwerden des Unternehmens sowie auf eine spätere Geschäftsvermittlung hat die Nichtbereitstellung keine Auswirkung, dies ist also ausdrücklich keine Voraussetzung.

Für die Veröffentlichung von Postings auf der Facebook-Seite des Unternehmens ist die Bereitstellung der personenbezogenen Daten erforderlich. Die Nichtbereitstellung hätte zur Folge, dass das Posting nicht veröffentlicht werden könnte. Auf das Tätigwerden des Unternehmens sowie auf eine spätere Geschäftsvermittlung hat die Nichtbereitstellung keine Auswirkung, dies ist also ausdrücklich keine Voraussetzung.

Für die Teilnahme an Veranstaltungen und Präsentationen ist die Bereitstellung der personenbezogenen Daten nebst deren Aushändigung an die Teilnehmer und die weitere Verarbeitung der darin angegebenen Daten erforderlich. Die Nichtbereitstellung hätte zur Folge, dass nicht teilgenommen werden könnte. Auf das Tätigwerden des Unternehmens sowie auf eine spätere Geschäftsvermittlung hat die Nichtbereitstellung keine Auswirkung, dies ist also ausdrücklich keine Voraussetzung.

(e) Empfänger der Daten

Eine Offenlegung der personenbezogenen Daten der betroffenen Person an unbefugte Empfänger erfolgt nicht. Davon ausgenommen sind

- Betreffend Interessenten- und Kundendaten die Lieferanten, die das Unternehmen vertritt (und umgekehrt die Interessenten und Kunden, was die Daten des Ansprechpartners bei den Geschäftsherren anlangt).
- Je nach Einzelfall und Erforderlichkeit die folgenden Empfänger:
 - Rechtsvertreter, Steuerberater, Gerichte, Banken, Verwaltungsbehörden (insb. Finanzbehörden), Inkassounternehmen, allfällige Subagenten, Bundesanstalt "Statistik Österreich" für die Erstellung der gesetzlich vorgeschriebenen (amtlichen) Statistiken.
 - Behörden, die im Rahmen eines bestimmten Untersuchungsauftrags nach dem Unionsrecht oder nach österreichischem Recht möglicherweise personenbezogene Daten erhalten;
 - Auftragsverarbeiter, die die personenbezogenen Daten im Auftrag des Unternehmens verarbeiten.

Das Unternehmen hat nicht die Absicht, die personenbezogenen Daten an ein Drittland oder an eine internationale Organisation zu übermitteln.

(f) Aktualisierung

Die Aktualisierung der personenbezogenen Interessenten- und Kundendaten erfolgt in erster Linie auf Grundlage direkter Rückmeldungen bzw. Änderungshinweisen durch die Interessierten und Kunden an das Unternehmen. Ausnahmsweise werden öffentlich zugängliche Informationen (z.B. Berufs- und Branchenverzeichnisse) verwendet. Die Datenkategorien, die dabei, je nach Verfügbarkeit, erhoben werden können, sind beispielhaft folgende: Name, Beruf, Adresse, wirtschaftlicher Status, Zahlungsverhalten.

(g) Dauer der Datenspeicherung

Die personenbezogenen Daten werden so lange gespeichert,

- bis sie für die Zwecke, für die sie erhoben oder auf sonstige Weise verarbeitet wurden, nicht mehr notwendig sind;
- im Fall einer Verarbeitung aufgrund einer Einwilligungserklärung solange, bis die betroffene Person ihre Einwilligung widerruft und es fehlt an einer anderen Rechtsgrundlage für die Verarbeitung;
- jedenfalls aber solange die Speicherung zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung (z.B. gesetzliche Aufbewahrungspflichten) oder zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen des Unternehmens und/oder des Lieferanten erforderlich ist.

(h) Rechte des Betroffenen

Die betroffene Person hat gemäß Art 15 DSGVO das Recht, von dem Verantwortlichen – bei Nachweis ihrer Identität – eine **Bestätigung** darüber zu verlangen, ob sie betreffende personenbezogene Daten verarbeitet werden. Ist dies der Fall, so hat die betroffene Person weiter ein **Recht**

- auf **Auskunft** über diese personenbezogenen Daten und
- auf die in Art 15 Abs 1 DSGVO genannten **Informationen** wie z.B. die Kategorien personenbezogener Daten und weitere Informationen (Anmerkung: diese entsprechen den in dieser Erklärung enthaltenen Informationen).

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen unverzüglich die Berichtigung sie betreffender unrichtiger personenbezogener Daten zu verlangen (**Recht auf Berichtigung** gemäß Art 16 DSGVO).

Die betroffene Person hat unter den Voraussetzungen des Art 17 DSGVO ein **Recht auf Löschung („Recht auf Vergessenwerden“)** der sie betreffenden personenbezogenen Daten, beispielsweise dann,

- wenn die Daten für die Zwecke, für die sie erhoben oder auf sonstige Weise verarbeitet wurden, nicht mehr notwendig sind oder
- unrechtmäßig verarbeitet werden oder
- – im Fall einer Verarbeitung aufgrund einer Einwilligungserklärung – wenn die betroffene Person ihre Einwilligung widerruft.

Hat das Unternehmen die personenbezogenen Daten, die gelöscht werden müssen, öffentlich gemacht, so besteht nach Art 21 Abs. 2 DSGVO folgende Verpflichtung:

Unter Berücksichtigung der verfügbaren Technologie und der dadurch entstehenden Kosten erfolgen angemessene Maßnahmen, um andere Verantwortliche über die vorzunehmende Löschung zu informieren. Dies betrifft Verantwortliche, die die personenbezogenen Daten verarbeiten (also z.B. den betreffenden Lieferanten). Sie sind darüber zu informieren, dass die betroffene Person die Löschung aller Links zu diesen personenbezogenen Daten, von Kopien und Replikationen dieser personenbezogenen Daten verlangt hat.

Das Recht auf Löschung steht jedoch **nicht** zu,

- wenn kein Grund für eine Löschung besteht (also keiner der oben genannten Gründe zutrifft) oder
- wenn die in Art 17 Abs 3 DSGVO genannten Ausnahmen anwendbar sind, beispielsweise wenn die Verarbeitung zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung nach EU-Recht oder nach österreichischem Recht erforderlich ist (z.B. gesetzliche Aufbewahrungspflichten) oder zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.

Die betroffene Person hat gemäß Art 18 DSGVO das Recht auf **Einschränkung der Verarbeitung**, z.B.

- wenn die betroffene Person die Richtigkeit der verarbeiteten Daten bestreitet,
- die Verarbeitung unrechtmäßig ist oder
- zwischen dem Unternehmen und der betroffenen Person strittig ist, ob ein Recht auf Löschung besteht. In diesem Fall wird das Unternehmen die betreffenden Daten nur noch speichern, aber nicht auf sonstige Weise verarbeiten.

Verlangt die betroffene Person die Löschung oder Einschränkung oder erhebt Widerspruch (dazu unten), so wird sie umgehend über die getroffenen Maßnahmen bzw. über die Gründe, die aus der Sicht des Unternehmens einer Umsetzung entgegen stehen, informiert.

Die betroffene Person hat gemäß Art 20 DSGVO das Recht, die sie betreffenden personenbezogenen Daten, die sie dem Unternehmen bereitgestellt hat, in einem strukturierten, gängigen und **maschinenlesbaren Format zu erhalten**. Das gilt aber nur, wenn die Verarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren erfolgt.

Weiter hat sie das Recht, diese Daten einem anderen Verantwortlichen zu übermitteln. Der Verantwortliche, dem die personenbezogenen Daten bereitgestellt wurden, darf sie dabei nicht behindern (**Recht auf Datenübertragbarkeit**). Sofern technisch machbar, hat sie das Recht auf direkte Übermittlung von einem Verantwortlichen zu einem anderen.

(i) Beschwerderecht bei Aufsichtsbehörde

Die betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde bei der Datenschutzbehörde, wenn sie der Ansicht ist, dass die Verarbeitung der sie betreffenden personenbezogenen Daten gegen

die DSGVO oder gegen § 1 oder Artikel 2 1. Hauptstück des Datenschutzgesetzes (DSG) in der Fassung des Datenschutz-Anpassungsgesetzes 2018 verstößt.